

# Internationale Rundschau

## 25 Jahre Vereinte Nationen

Seit ungefähr 25 Jahren bestehen Bestrebungen, die Menschheit durch die Überwindung nationaler Grenzen zusammenzuführen. Sind diese Bestrebungen gescheitert? Haben sie einen Teilerfolg gehabt? Werden sie in Zukunft erfolgreich sein?

Das sind die Schicksalsfragen für die internationalen Organisationen. Denn wenn es nicht gelingt, eine *gerechte* Zusammenarbeit zustande zu bringen, dann müßte man sich fragen, was die internationalen Organisationen und Institutionen dann noch für einen Sinn haben. Nach einem Vierteljahrhundert der Bemühungen um dieses Ziel erscheinen solche Fragen durchaus berechtigt.

Das Jahr 1970 steht im Zeichen des 25-jährigen Jubiläums der Vereinten Nationen. Der himmelstürmende Idealismus des Jahres 1945 aber ist einer nüchternen, realpolitischen Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen der Weltorganisation gewichen. 25 Jahre sind eine lange Zeit im Leben eines Menschen, sie sind jedoch kurz, wenn es sich um die Verwirklichung einer großen humanitären und politischen Idee handelt. Die Charta der Vereinten Nationen fordert eine Abkehr von der jahrhundertalten Machtpolitik. Der allgemeine Grundsatz der Achtung von Krieg und Gewalt und der Verwirklichung der Menschenrechte findet zwar in vielen Erklärungen Niederschlag, aber nicht immer in der politischen Realität unserer Tage. So gab es Erfolge nur

auf den Gebieten der internationalen wirtschaftlichen, sozialen, technischen, kulturellen und humanitären Zusammenarbeit. Beiseitegeschoben von den Großmächten standen die Vereinten Nationen in den letzten Jahren aber den wichtigsten Problemen der Weltpolitik oft hilflos gegenüber. Nach anfänglichen Erfolgen in Korea, Kaschmir, West-Irian, Kongo und Zypern, mußten die Vereinten Nationen so manchen politischen Leerlauf durchstehen. Wie oft wurde diese Tatsache damit begründet, daß die Vereinten Nationen eben keine übernationale Regierung seien, sondern als Forum der Völkerbegegnung nur so stark, wie es ihre Mitgliedstaaten zuließen; die Vereinten Nationen hätten die heutige politische Realität nicht geschaffen, sie reflektierten sie vielmehr.

Dürfen wir uns mit dieser Begründung wirklich zufriedengeben? Das Jahr des 25-jährigen UNO-Jubiläums sollte uns Anlaß sein, den Ursachen für das allgemeine Unbehagen und die Vertrauenskrise gegenüber den Vereinten Nationen auch in der Bundesrepublik auf den Grund zu gehen. Nehmen wir die Situation der Großmachtpolitik als gegeben an. Nehmen wir weiter an, daß auf Grund einer oft sehr mangelhaften Information durch die Massenmedien die vielfältigen Erfolge der Vereinten Nationen auf den Gebieten der Entwicklungshilfe, der Erziehung, der Bekämpfung von Massenkrankheiten, der Ernährung und der übrigen humanitären Leistungen sowie der technischen Zusammenarbeit in der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt sind und dadurch ein verzerrtes Bild entsteht. Bleibt dann nicht immer noch ein Faktor des Unbehagens an den Vereinten Nationen selbst?

Anders ausgedrückt: Als der Generalsekretär der Vereinten Nationen im Juni 1967 die UNEF-Truppen aus dem Nahen Osten abziehen mußte, da wußten freilich die Informierten, daß eine längere Stationierung dieser Truppen auf arabischem Territorium rechtlich nicht zu vertreten war, ja, daß darüber hinaus auch die kontingentstellenden Staaten den Generalsekretär im Stich ließen. Als U Thant im August 1968 nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei kurzfristig seinen Besuch zur Entgegennahme eines Ehrendoktorates in Prag absagte, da meinten realpolitisch Denkende, er hätte in dieser Situation ohnedies nichts ausrichten können. Als in Biafra der Völkermord an 2 Millionen Iboes bevorstand, da verzweifelten Sachkundige an der Chartabestimmung der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Und als es der Generalsekretär unterließ, nach dem endgültigen Zusammenbruch in Biafra die Ost-Provinz Nigerias zu besuchen, wurde die angebliche Äußerung U Thants, er habe dazu keine Zeit gefunden, mit Berichten über ausführliche Gespräche des Generalsekretärs mit Vertretern des Roten Kreuzes, des UNICEF, des UNDP und anderen maßgeblichen Stellen in Lagos zu korrigieren versucht. Für alle gegen U Thant erhobenen Vorwürfe lassen sich sachliche Begründungen finden. Und doch bleibt bei diesen formalen Argumenten stets ein unangenehmer Nachgeschmack.

Aus diesem Grund kann das 25jährige Jubiläum der Vereinten Nationen nicht nur Anlaß zu inhaltslosen Feiern sein. Die Regierungen der Mitgliedstaaten werden ihre Aufgabe darin sehen müssen, ihr Bekenntnis zu den Grundsätzen der Charta erneut in wirkungsvoller Weise zu bekräftigen und diesem Bekenntnis entsprechend zu handeln. Die Massenmedien werden aufgerufen, sich in verstärktem Maße ihrer Verantwortung bewußt zu werden, in der Bevölkerung jedes Landes durch eine objektive und umfassende Berichtserstattung über die Aufgaben und Leistungen der Vereinten Nationen zur Sicherung des Friedens und zur Bekämpfung von Hunger, Not und Elend meinungsbildend zu wirken und alle Kräfte zur vollen Unterstützung und Verwirklichung eines friedlichen Zusammenlebens der Völker zu mobilisieren.

Aber auch die Repräsentanten der Vereinten Nationen werden alle Möglichkeiten ihres Auftrages aus der Charta der UNO nützen müssen, um das Gewicht der Weltorganisation durch verantwortungsvolles Handeln, durch Mut und Entschlossenheit, überall dort einzusetzen, wo Menschenrechte mißachtet werden, wo Elend, Not und Rassenhaß ein menschenwürdiges Dasein gefährden und wo Konflikte noch immer durch Kriege ausgetragen werden.

*Erich Wiener*

## UNO und Wohnungsbau in der Zweiten Entwicklungsdekade

Wie allgemein bekannt sein dürfte, wird im Rahmen der UNO die Strategie für das zweite Entwicklungsjahrzehnt vorbereitet. In diesem Zusammenhang bildet der jüngste Bericht des Ausschusses für Entwicklungsplanung einen besonders wichtigen Beitrag. Unter der Überschrift „Entwurf von Richtlinien und Vorschlägen für das zweite UNO Entwicklungsjahrzehnt“ wurde dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) eine Anzahl Empfehlungen unterbreitet. Von den fundamentalen Aufgaben werden die folgenden besonders erwähnt: Bessere Verteilung von Einkommen und Vermögen — Beschäftigung — Erziehung — Gesundheit — Wohnungsbau.

Der Abschnitt über den Wohnungsbau ist von besonderem Interesse, weil wahrscheinlich bisher nie eine Gruppe von derart einflußreichen Persönlichkeiten so weitgehende Vorschläge auf diesem Gebiet gemacht hat. Daher geben wir im folgenden den Text der betreffenden Abschnitte im Wortlaut wieder:

„Die Verbesserung der Wohnungsversorgung und von Gemeinschaftsanlagen ist nicht nur an und für sich bedeutsam, sie ist auch ein Mittel um den Gesundheitszustand, die Erziehung und die Produktivität günstig zu beeinflussen und auch zur Ausmerzung der schreiendsten Ungleichheit in Entwicklungsländern beizutragen. Diese Elemente stellen indirekte Folgeerscheinungen dar, die oft übersehen wurden, aber im Grunde eben so wichtig sind wie direkte Effekte, deren Wert durch die Höhe der Miete ausgedrückt wird. Prioritäten hinsichtlich besserer Wohnungsversorgung und Gemeinschaftsanlagen für Gruppen mit geringem Einkommen und die Bekämpfung der Übel schneller, ungeplanter und unkontrollierter Urbanisierung sind darum höher zu bewerten, als man bisher aufgrund rein ökonomischer Kriterien angenommen hat.“

„Die Verbesserung der Wohnungsversorgung und von Gemeinschaftsanlagen sollte zum Teil erreicht werden durch den Bau von neuen Städten in einiger Entfernung von den größten Bevölkerungszentren, um auf diese Weise weiteren städtischen Ballungen vorzubeugen. Die neuen Städte sollten gleichzeitig in begrenztem Umfang mit gut geplanten Industrien versehen werden. Der Bau von preiswerten Wohnungen kann intensiviert werden durch Anwendung örtlicher Baustoffe und den Gebrauch von arbeitsintensiven Methoden, häufig im Rahmen der Selbsthilfe — und damit gleichzeitig beitragen zu erhöhter Beschäftigung. Die Vorteile der Massenproduktion von Wohnungen können durch den Einsatz von vorgefertigten Unterteilen vergrößert werden. Der Grund und Boden für derartige Wohnanlagen sollte vorzugsweise im Eigentum der öffentlichen Hand sein oder durch die Ge-

meinschaft kontrolliert werden, um Spekulationen zu vermeiden. Trotz Kostensenkungen, die auf verschiedene Weise erzielt werden können, erfordert die Verbesserung des Bestandes von preiswerten Wohnungen erhebliche finanzielle Mittel. Ein Teil dieser Mittel kann vielleicht durch Besteuerung von Luxuswohnungen und Spekulationsgewinnen aufgebracht werden und ein anderer Teil durch Genossenschaften und Sparmöglichkeiten, die einen Anreiz für die zukünftigen Bewohner neuer Wohnungen bilden. Internationale finanzielle Unterstützung wäre sicher gerechtfertigt, vor allem dort wo gute langfristige Wohnungsbauprogramme existieren."

Dieses deutliche und kurze Programm spiegelt wohl in starkem Maße das Gedankengut des Vorsitzenden des Komitees für Entwicklungsplanung wider. Professor *Jan Tinbergen*, der als erster den Nobelpreis für Ökonomie erhielt und ein alter Freund der Arbeiterbewegung ist. Professor Tinbergen brachte sein Interesse für den Wohnungsbau kürzlich auch in einem Interview zum Ausdruck, das er dem Wochenblatt der holländischen Gewerkschaften gab. Bei dieser Gelegenheit betonte er, daß die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und die Gewerkschaften der Industrieländer Wege und Mittel finden müßten, um ihren Schwesternorganisationen in den Entwicklungsländern bei ihren Versuchen, die grausige

Wohnungssituation in Stadt und Land zu verbessern, zu helfen.

An und für sich muß nichts dieser Erklärung des Komitees für Entwicklungsplanung hinzugefügt werden, dennoch ist es wohl nützlich, den Hinweis zu unterstreichen, daß gemeinnützige Wohnungsbauprogramme einen wertvollen Beitrag zur Erhöhung der Beschäftigung leisten können. Viele einflußreiche Persönlichkeiten, u. a. Generaldirektor *David Morse* vom Internationalen Arbeitsamt und Präsident *McNamara* von der Weltbank haben die Notwendigkeit einer sehr schnellen Verbesserung der Beschäftigungslage betont weil sonst die schon jetzt sehr ernsten Folgen von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in den Entwicklungsländern zu explosiven Situationen führen können. Sowohl der Bericht des Komitees für Entwicklungsplanung wie das Weltbeschäftigungsprogramm des IAA legen besonderen Wert auf die Schaffung von Arbeitsplätzen durch öffentliche Arbeiten und andere Aktivitäten im Baugewerbe. Wir sind davon überzeugt, daß die Zeit reif ist, um die Probleme der Beschäftigung, der Wohnungsverversorgung und der Berufsausbildung gemeinsam in Angriff zu nehmen. Ein solches Dreigespann kann zweifelsohne einen entscheidenden Beitrag sowohl zum sozialen wie zum wirtschaftlichen Fortschritt leisten.

*Heinz Umrath*